

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wertschätzlicher Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 RM;
bei sonstiger Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vereins-Direktor).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.
Verbandsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 22.

Berlin, Sonnabend, 16. März 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Wenn Sozialisten Minister sind. — Die Eisenbahner vor dem Abgeordnetenhaus. — Zum Verbandsitag. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkschafts-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen-Teil.

Wenn Sozialisten Minister sind

In Paris haben dieser Tage die Elektriker 36 Stunden gestreikt, so daß während dieser Zeit die Stadt dunkel war. Die in den Betrieben der elektrischen Lichterzeugung beschäftigten 550 Arbeiter hatten die Arbeit eingestellt, um eine höhere Pensionierung, eine Gleichstellung mit den städtischen Arbeitern und einige ähnliche Forderungen durchzusetzen. Was sie verlangten, war sachlich gewiß berechtigt. Der Kampf traf aber in seiner Wirkung weniger die beteiligten Unternehmer, als vielmehr die ganze Stadt und ihre auf elektrische Beleuchtung und Kraft angewiesene Bevölkerung. Daher äußerten sich auch sozialistische Blätter wie die „Aurore“ und der „Radical“ in mißbilligendem Sinne. Die Kraftprobe sei ein arg verfehltes Unternehmen gewesen.

Die französische Regierung, an deren Spitze Clemenceau steht und in welcher auch zwei Sozialisten: Viviani und Briand, sitzen, hatte beschlossen, Soldaten in die Werkstätten zu kommandieren, damit sie die verlassenen Arbeitsplätze für die Dauer des Kampfes besetzten. Diese Maßnahme der Regierung veranlaßte den Führer der französischen Sozialisten, Jaurès, zu einer Interpellation. Das radikale Ministerium, das so oft in Jaurès seinen besten Vertreter gefunden, wurde jetzt von ihm angegriffen. Die Regierung habe nicht das Recht, in einen Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern einzugreifen, so lange keine Gewalttätigkeiten zu verzeichnen wären. Die Beleuchtungsindustrie sei kein kommunaler Dienst, sondern in Händen von Privatunternehmern. Sobald die Regierung bei einem Streik das Privatunternehmen gegen die Arbeiter unterstüße, liefere sie die Arbeiter einigen Kapitalisten aus. Eine Wiederholung derartiger Ereignisse könne schließlich für die Regierung selbst am gefährlichsten werden, denn die Arbeiter würden sich das Recht auf Streik nicht nehmen lassen. Noch hätten die Soldaten Gehör, aber es werde die Zeit kommen, wo sie den Befehl mißachten und selbst streiken würden, wenn sie als Streikbrecher verwendet werden sollten. Clemenceau dürfe nicht mit der Reaktion gehen, rief Jaurès aus. Er möge festhalten an seiner alten Überzeugung und mit den echten Republikanern und dem Proletariat in Fühlung bleiben.

Der einst und wohl auch jetzt noch radikale Clemenceau antwortete, daß die Arbeiter gewiß ein Recht auf Streik hätten, die Bürger aber, die ja schließlich auch Arbeiter seien, hätten ein Recht auf Sicherheit und Leben. Man habe Paris für eine Zeitlang allen möglichen nachlässigen Gefahren ausgesetzt und das könne die Regierung nicht ruhig mit ansehen. Sie wolle keinen Teil der bürgerlichen Gesellschaft zu Sklaven machen, aber auch nicht dulden, daß die Arbeiter zu Tyrannen der übrigen Gesellschaft würden. Gewiß seien schwere Gefahren zu befürchten gewesen; so hätte das Wasser die Arbeiten im Metro (Untergrundbahn) in Gefahr gebracht; um des Rechts auf den Streik willen, hätte man die Erdarbeiter doch nicht ertrinken lassen können.

Aus der Rede Jaurès ist besonders bemerkenswert die Unterscheidung, die er zwischen einem kommunalen und einem privaten Dienst macht. Als in Berlin der Elektrizitätsstreik ausgebrochen war, hatte der Polizeipräsident die Feuerwehrmänner in die Werkstätten entsandt, so daß eine Störung in der Lieferung elektrischer Energie für die Beleuchtung nirgendwo eintrat. Obgleich die städtische Verwaltung keinerlei Entscheidung dabei hatte, wurde sie doch wegen der Maßnahme des Polizeipräsidenten in der sozialdemokratischen Presse scharf angegriffen. Nach der Auffassung Jaurès wäre die Kommandierung von Feuerwehrmännern oder Soldaten nicht zu mißbilligen gewesen, wenn es sich nicht um ein privates, sondern um ein städtisches Unternehmen gehandelt hätte. Diese Auffassung ist bei einem Sozialisten sehr auffällig.

Die französische Kammer stellte sich auf die Seite der Regierung, dem von Jaurès eingebrachten Labeledotum wurde die Priorität mit 418 gegen 86 Stimmen verweigert. Mit 378 gegen 68 Stimmen wurde die Maßnahme der Regierung gebilligt. Die unabhängigen Sozialisten enthielten sich meist der Abstimmung bei der Entscheidung über das Vertrauensvotum für die Regierung. Auch das ist auffällig.

Der ganze Vorgang ist jedenfalls sehr interessant. So lange die Sozialisten nur Reden zu halten haben, überschlagen sie sich im Radikalismus, wo sie aber selbst in der Regierung sind, wie das in Frankreich der Fall ist, wo neben Clemenceau, die direkt zur Partei gehörenden Sozialisten Viviani und Briand in der Regierung sitzen, da handeln sie genau so — wie der Polizeipräsident von Berlin! Ausdrücklich wurde von Clemenceau erklärt, daß sämtliche Minister die Kommandierung der Soldaten zur Streikarbeit gebilligt hätten.

„Auch du mein Sohn Brutus?“ wird Jaurès da gewiß klagend gefragt haben. Inbes stehen eben auch die Sozialisten nur mit Wasser.

Die deutschen Arbeiter können aus diesem Vorgang sehr viel lernen. Die Sozialdemokratie ist die Ursache ihrer Uneinigkeit. Wenn die deutschen Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Staats- und Wirtschaftsordnung für ihre Angelegenheiten kämpfen, dann wird es der Streiks meist kaum noch bedürfen, denn ihr Einfluß wird dann so groß sein, daß sie in der Regel ohne Kämpfe ihre durchführbaren Forderungen zur Anerkennung bringen.

K. G.

Die Eisenbahner vor dem Abgeordnetenhaus.

Rede unseres Redakteurs H. v. Goldschmidt im Abgeordnetenhaus am 9. März 1907; amtliches stenogramm.
Seine Herren, der verewigte Eisenbahnminister von Dabbe lag bei Beratung des Eisenbahnetats im vorigen Jahre tollkühn darnebel. Das hat ihn nicht abgehalten, hier durch seinen Unterstaatssekretär ein sozialpolitisches Testament anzuflehen, das er wohl selbst noch ausführen zu können hoffte. Das ist ihm nicht vergönnt gewesen. Unter seinen Jüngern befanden sich auch solche, für die ich bei dem neuen Herrn Minister auch auf dem Gebiete sozialpolitischer Extrantität ein gutes Auf vorangeht, und dachte daran, daß er nicht nur die in Aussicht genommenen Pläne des verewigten Ministers zur Ausführung bringen will, sondern selbst schöpferisch vorgeht. Wir werden es an Urlegungen nicht fehlen lassen.

Seine Herren, ich habe mit dem Herrn Minister v. Dabbe hier manche scharfe Auseinandersetzung gehabt. Inbes glaube ich, davon heute Zeugnis ablegen zu sollen,

daß Herr v. Dabbe ein Minister war, der das aufrechte Bestreben hatte, das Eisenbahnpersonal vorwärts und empor zu bringen. Freilich ging er dabei vielfach von mehr patriarchalischen Anschauungen aus. Darüber will ich heute nicht rechten; gut gemeint hat er es jedenfalls immer.

Seine Herren, wenn es dem Herrn Eisenbahnminister v. Dabbe nicht möglich war, alles das, was er selbst zum Besten des Eisenbahnpersonals durchzuführen gedachte, auch auszuführen, dann dürfte das zum Teil auch wohl darauf zurückzuführen sein, daß unsere Eisenbahnverwaltung gar zu sehr abhängig ist von dem Finanzministerium. Ich möchte sagen, daß die blühende Rose guter Absichten gar zu viele schädliche Dornen trug.

Seine Herren, die verewigte Eisenbahnverwaltung ist das größte wirtschaftliche Betriebsunternehmen dieser Art. Der Herr Minister ist in diesem Betriebe der Generaldirektor. Die Generaldirektoren großer privater Betriebe würden allerdings nicht mit einem Ministergehalt zufrieden sein. Das ist das Befehl des Herrs in dem Staat, wie mir scheint, daß ein Teil der geleisteten Arbeit mit den damit verbundenen Ehren bezahlt wird. Ich glaube aber, daß man den unteren wie den mittleren Beamten und den Arbeitern nicht zumuten darf, einen Teil ihrer Arbeit honoraria causa zu leisten. Tatsächlich bekommen sie nur einen Teil bezahlt; denn die Bezahlung unserer mittleren und unteren Beamten und Arbeiter ist gegenüber den Beamten und Arbeitern in ihrem materiellen Gehalts in der Tat überaus bescheiden. Ich glaube, wenn Sie durch die Privatlabors gehen, dann werden Sie durchweg feststellen können, daß die Beamten in ähnlicher Stellung wie auch die Arbeiter durchweg bessere und höhere Einkommen haben, als es bei uns im Staatsbetriebe der Fall ist.

Seine Herren, unter dem Herrn Minister stehen nunmehr 441000 Köpfe, die zum Eisenbahnbetriebe gehören. Der Herr Minister hat uns mitgeteilt, daß der Ueberschuß des Jahres 1906 789 Millionen Mark betragen würde. Seine Herren, ein Betrieb mit so glänzenden wirtschaftlichen Erfolgen hätte es unseres Erachtens wahrhaftig nicht nötig, so zu kaufen, wie er es auf manchen Gebieten, insbesondere auf dem der Beamten- und Arbeiterlöhne tut. Der Herr Minister hat ferner mitgeteilt, daß im Etat 1907 ein Mehrumschlag von 40 Millionen für Beamte und Arbeiter vorgesehen sei. Davon entfallen 23 Millionen Mark auf Beamte und 17 Millionen Mark auf Hilfsbeamte und Arbeiter. Wie viel von dieser Summe auf die Stellenvermehrung und die größere Arbeiterzahl kommen, ist nicht gesagt. Aber auch dann, wenn die 40 Millionen Mark allein für die Einkommenerhöhung der 441000 Köpfe verwendet würden, wäre davon nicht allzuviel aufzubringen zu machen; es kommen nämlich dann auf den Kopf für das ganze Jahr ca. 90 Mk. oder, das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet, 30 Pfg. pro Tag und Kopf.

Da aber die durchschnittlich auf den Kopf entfallende Erhöhung des Einkommens nicht sehr erheblich wäre, so hat man, um einem Teile etwas mehr geben zu können, den größeren Teil einfach ganz leer ausgehen lassen. Für 59 200 Beamte, und zwar für Oberpostverwalter, Stenographen, Kassenvorsteher, Bahnhofsmeister, I. Klasse, Schiffskapitäne, Eisenbahnassistenten, Lokomotivführer, Zugführer, Feuerwehrmänner, Bestreuer, Wagenmeister, Schrittmacher und Beichenteller I. Klasse, sind im ganzen 7 1/2 Millionen Mark angelegt worden; das macht auf den Kopf der hier in Betracht kommenden Beamten 128 Mk. pro Jahr bzw. 42 Pfg. für den Tag. Eine gleichmäßige Verteilung erfolgte nicht. Nimmt man z. B. die Lokomotivführer, so kommt die Gehaltserhöhung nur den unteren, aber nicht auch gleichmäßig den mittleren Gehaltsstellen zu gute, während die jetzt im Gehaltsgehalt stehenden überhaupt ganz leer ausgehen.

Wir haben uns daher erlaubt, einen Antrag einzubringen, der das Einkommen der Lokomotivführer bis auf 1400 auf 1500 Mk. festsetzt, um das Entgelt bis auf 200 Mk. steigen zu lassen. Ich glaube, daß wir zu dieser Forderung berechtigt sind, wenn wir nicht auf die Tatsache, daß die Lokomotivführer sichtlich in Bezug auf die Verantwortung, die ihnen die Dienstverhältnisse aufbringen, mit an anderer Stelle stehen. Dieses habe ich von Verantwortung, daneben aber auch die großen Strapazen, die gerade dieser Beruf erfordert, lassen es uns gerechtfertigt erscheinen, Ihnen diesen Antrag zu unterbreiten, und wir bitten Sie, entgegen der Ablehnung des Herrn v. Dabbe, dafür zu stimmen.

Seine Herren, nach dem gegenwärtigen Etat würde das Einkommen des Lokomotivführers nach 9 Jahren Gehaltssteigerung und nach weiteren 16 Jahren Dienstzeit, also in einer Gesamtdienstzeit von 25 Jahren geringer

mehr in den Vordergrund gestellt. Schon sind zwar Stimmen laut geworden, die von einem solchen Ehrenstandpunkt aus jetzt einen noch engeren Anschluß an die Sozialdemokratie verlangen, die Arbeiter werden aber wohl mit klarem Kopf überlegen, wohin sie ein solcher Schritt führen würde. Das eine ist sicher: Je enger sich die Gewerkschaften an die „Partei“ anschließen, desto mehr werden sie die Sympathie der bürgerlichen Gesellschaft verlieren, desto mehr Widerstand werden sozialpolitische Bestrebungen erfahren.

Die „Partei“ hängt an der Arbeiterbewegung wie ein Bleigewicht und hindert ihre gesunde Entwicklung — diese Worte schrieb ich vor 5 Jahren an dieser Stelle, und ich kann sie nur heute den Arbeitern warnend wiederholen.

Arbeiterbewegung. Die Einigungsverhandlungen in der Berliner Holzindustrie haben zu keinem Ergebnis geführt. — Auch die Aussperrung der Automobilfabrikanten in Berlin ist noch nicht beendet, da von der Firma Bebag die Einigungsverhandlungen nicht anerkannt werden. — In Hamburg haben beträgt die Zahl der ausgesperrten Schauerleute über 4000. Von England kommen jeden Tag neue Arbeitswillige an. — Die Bewegung der Tapezierer in Leipzig hat durch den Abschluß eines Tarifvertrages ihr Ende erreicht. Die Gehälter ergielten in der Hauptsache eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung der Zuschläge für Überstunden- und Sonntagsarbeit, sowie allgemein eine 5proz.ige Lohnaufbesserung. — In Eisenach und Erfurt sind Differenzen bei den Steinarbeitern ausgebrochen. — Der Streik der Schneider und Schneiderinnen in Königsberg i. Pr. nimmt seinen Fortgang. — Auch in Bittau sind die Schneider wegen Tarifstreiks der Arbeitgeber in den Streik getreten. — Ebenfalls wegen Tarifstreiks haben auch in Nürnberg gegen 500 Schneider die Arbeit niedergelegt. — Bei der Firma Müller & Bredt in Braunschweig sind sämtliche Schleifer in den Ausstand getreten. — Ueber den Abschluß eines neuen Tarifs wird gegenwärtig im Hüttenbergwerk Berlin beraten. Ueber die Festslegung der 9stündigen Arbeitszeit konnte noch keine Einigung erzielt werden. Dagegen kam man dahin überein, daß der Wochenlohn mindestens 35 Mk. betragen soll, Stundarbeit verboten ist und Überstunden mit 75 Pfg. pro Stunde, an den Feiertagen mit 1 Mk. bezahlt werden. — Eine Lohnbewegung bereiten die Freizeugebilden in Eisen vor. Sie verlangen neben einer Regelung der Arbeitszeit einen Mindestwochenlohn von 24 Mk. Wo bis zum 18. März die Forderungen nicht bewilligt sind, soll die Arbeit niedergelegt werden. — In W. Gladbach haben in einer Fabrik etwa 200 Wollweber die Kündigung eingereicht. Falls diese nicht sofort wieder zurückgenommen wird, sollen vom Textilindustriellen-Verein 10 000 Arbeiter ausgesperrt werden. — Der Kampf im Berliner Tapezierergewerbe scheint eine friedliche Wendung zu nehmen. Auf Einladung der Unternehmerorganisation haben Einigungsverhandlungen stattgefunden, die allerdings noch zu keinem Abschluß gelangt sind, sondern am Freitag fortgesetzt werden sollen.

In Lyon (Frankreich) sind wegen Boykott-erklärung zweier Unternehmer die Fassadenbauer, etwa 4000 Arbeiter, ausgesperrt worden. — Auf den Westen an der Mündung des Gironda (Westfrankreich) sind sämtliche Zimmerleute in den Streik getreten. — In Fourmies (Nordfrankreich) sind gegen 1000 Textilarbeiter in den Ausstand getreten. Eine weitere Ausdehnung der Bewegung ist zu befürchten. — Der Straßenbahnverkehr in Kroatien ruht noch immer, da die Angestellten sich weigern, unter den angebotenen Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen. — Eine allgemeine Aussperrung steht dem Malergewerbe in Stockholm bevor, da nach dem Scheitern der schonenden Tarifverhandlungen die Arbeitgeber beschließen haben, alle organisierten Gehilfen zu entlassen und dafür zu sorgen, daß die Entlassenen an keinem anderen Orte Schwedens Beschäftigung erhalten.

Immer größer wird die Blamage, die sich die Sozialdemokratie selbst bereitet. Die sozialdemokratischen Führer Bernheim, Calmer, Schippel, Braun, Bernhard u. a., die es wagen, die Prinzipien der Partei zu prüfen, werden heute hier, morgen dort, in sozialdemokratischen Versammlungen niedergebrosen. Ein solches Scherengericht gegen die genannten Parteiführer fand nun auch in Dortmund statt. Einstimmig wurde in einer Versammlung der Zielbewußten erklärt, die große Masse der Parteigenossen habe es gründlich satt, daß während von einzelnen Personen bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit die ganze Partei schändlichen Schandereien angehängt werden; dabur werden den Gegnern Waffen in die Hände geliefert, womit diese bei allen Wahlen an entgegenstehen und die Ver-

tätigkeit für unsere Ideen ungemein erschweren. Ueberhaupt ist die Veramlung der Partei, daß dem Gegenstande endlich einmal ein Ende bereitet wird und hofft, daß der Parteivorstand dazu energische Schritte unternimmt.

Wer als Sozialdemokrat über seine Partei etwas schreibt, soll, so verlangt es die „Zielbewußten“, es nur im Sinne des Marxismus tun. Wer die Bibel von Karl Marx verleugnet, soll auf den Scheiterhaufen kommen. Wenn die Herrschaften nur wüßten, wie sehr sie sich durch ihren unentwegten Dogmenglauben immer mehr lächerlich machen und ihre Blamage täglich erneuern und vergrößern.

Zu den Leuten, die ebenfalls bald auf dem Index gesetzt werden, gehört auch der sozialdemokratische Abgeordnete Süßlum, der galante Ritter, der im Nebenberuf Prinzessinnen erzführt. Seine Parteigenossen benehmen sich nicht vornehm und ritterlich genug und darum listet er ihnen in der „Neuen Gesellschaft“ folgenden Text:

Das Wesen der guten Lebensart beruht nicht in der Beherrschung von einem paar konventionellen Lebensarten und Manieren, sondern in innerer Bornehmtheit, die unter der Hülle des Arbeiters und dem Kittel des Bauern ebenso gut Platz hat, wie unter dem Rock des Reichen. Gerade das macht ich einer Reihe von Parteigenossen zum Vorwurf, daß sie jene innere Bornehmtheit, die durch Selbstacht und Belehrung erworben und gehegert werden kann, ausschließlich derabwürdigend und nicht nur im Verkehr mit Gegnern, sondern auch mit Angehörigen der eigenen Partei so oft vernachlässigen. Sie können sich noch immer nicht daran finden, daß man Meinungsverschiedenheiten auch ohne den Gebrauch des harten und verletzenden Wortes ausrichten kann; ihrer Polemik fehlt die zugehörigste Wendung eines Triumphs und der Gedanke, daß ihre Gegner sich über ihre Worte ärgern werden, bereitet ihnen eine angenehme Empfindung. Wie aber, die nicht auf den hohen Ton persönlicher Berührung eingestimmt sind, die nicht nur das gute Recht, sondern geradezu die Pflicht, dem perfiden Götze entgegenzutreten, als bedeute die bereitete Mahnung zu dem gestifteten Verhalten, alljährlicher Zimperlichkeit oder eine Art von Parteiverrat.

In der Sache hat Dr. Dieckum recht. Die niederträchtige Art, wie die meisten Sozialdemokraten den Kampf führen, läßt bei jeder Gelegenheit nur zu deutlich den Mangel an „innerer Bornehmtheit“ erkennen.

Eine interessante Illustration zu dem „freien“ Wahlrecht der Arbeiter auf dem Lande gibt eine „Berichtigung“, die der Major a. D. von Lehting auf Steinbock in Sölden dem „Hannauer Stadtblatt“ zugehant hat. Das Blatt hatte behauptet, die Frau eines Rittergutbesizers habe die Stimmzettel ihrer Arbeiter kontrolliert, ihnen den freisinnigen Stimmzettel abgenommen und dafür den konservativen eingehändigt. Was aber der Herr Major a. D. im Namen seiner Frau berichtet, bestärkt die Behauptung des genannten Blattes:

Meine Frau kam am Tage der letzten Stichwahl mittags von einem Spaziergang zurück und trat zugleich mit einem meiner Arbeiter in mein Haus, in dem sich das Wahllokal befand. Einige Schritte vorher hatte sie denselben gefragt, ob er auch einen Stimmzettel habe, und da er ihr statt der Antwort einen abschließend einhändige, gab sie ihm einen anderen, welcher auf einem Tisch im Hause lag. Hierauf geriet meine Frau den ersten und legte die beiden hälften in ein in der Nähe stehendes Gefäß. ... Bemerken will ich noch, daß der abschließend-Zettel dem Arbeiter augenscheinlich kurz vorher von einem B. aufgetragen des „Hannauer Stadtblattes“, Namens Hiltner, welcher sich und erzeigt vor meinem Posten aufstell, ausgebrungen worden war.

Der Zettelvertreter war kein Beauftragter des Hannauer Stadtblattes, der Mann war aber durchaus besugt, vor dem Posten des Schlosses Wahlzettel zu verteilen, wenn im Schloße selbst das Wahllokal, wie es tatsächlich der Fall war, sich befand. Wenn die Schlossherrin nur einen Augenblick darüber nachgedacht hätte, daß die Wahl eine geheime ist, dann hätte sie den Zettel des Arbeiters nicht zu sehen verlangt. Der Frau Majorin geht es eben gar nicht an, wie die Arbeiter wählen.

Zweifellos liegt in dem Verhalten der „gräbigen Frau“ eine strafbare Verletzung des Wahlgesetzes. Es fragt sich nur, ob sich ein Staatsanwalt findet, der die Anklage erhebt.

Die Arbeitsniederlegung ohne Innehaltung der Kündigungsfrist ist Vertragsbruch, so hat das schweizerische Bundesgericht jüngst entschieden, nachdem im Februar 1906 die Metallarbeiter von Genf wegen Differenzen mit den Arbeitgebern ohne Innehaltung der gesetzlichen und vertragsmäßigen Kündigung die Arbeit niedergelegt hatten und von den Arbeitgebern auf Schadenersatz belangt worden waren. Die Arbeiter hatten sich darauf gestützt, daß sie nicht dem Vertrage zurückgetreten seien, sondern sich die Arbeit eingestellt haben, indem sie diese nach Friedigung der Differenzen mit den Meistern wieder aufnehmen wollten. Das Gewerbegericht in Genf

schätzte diesen Standpunkt und wies die Klage ab; das Bundesgericht aber bezogerte die Arbeitsniederlegung als Vertragsbruch und das Urteil des Gewerbegerichts als eine Verletzung des freien Rechtes, da der Arbeiter nicht beliebig die Arbeit einstellen könne, sondern dazu die Einwilligung der anderen Vertragspartei, des Arbeitgebers, bedürfte. ... Ohne die Einwilligung bilde die Arbeitsniederlegung einen Vertragsbruch.

Wären die Arbeiter in starken Gewerbetreibern vereinigt, so bräuchten sie sich nicht durch den Vertragsbruch ins Unrecht zu setzen. Die Arbeiter könnten einhellig ihre Kündigung einreichen und dann nach Ablauf der Frist in den Ausstand eintreten. Wahrscheinlich würden die Unternehmer diese Frist in der Regel benutzen, zu einer Verfassadigung mit den Arbeitern zu kommen.

Die Fortbildungsschule des Berliner Handwerker-Vereins. Berlin C., Copenhauerstr. 18, eröffnet am Mittwoch, 3. April er, ihre Sommerkurse in elementaren, lautmännlich-gewerblichen und technischen Unterrichtsgegenständen. Kupfer in Rechnen und Deutsch (Rechtschreibung, Sprachlehre, Aufsatz, Briefschreib. Vorträge) wird Unterricht erteilt in einfacher und doppelter Buchführung, kaufmännischem Rechnen, kaufmännischer Korrespondenz, Stenographie (Arends), Schönheitslehre (Hundsbirch), Englisch, Französisch, Weing, Turnen. Zur Ergänzung des literarischen Studiums ist ein Vortrags- und Lesekreis eingerichtet, in welchem Deklamationsübungen vorgenommen werden. Neu sind die Kurse für Algebra, für Schreibmaschine und für Schaufelrad-Defektoration, verbunden mit Vochristlichungen. Für Angehörige der Holzbearbeitungs- und Metallbranche des Fernen Fachzweigs. Im Winter werden die Übungen nach dem lebenden Modell (Akt) fortgesetzt. Bei günstiger Witterung treten im Sommer an ihre Stelle die sonntäglichen Ausflüge in die Umgegend Berlins sowie Studien in der freien Natur. Dem weiblichen Geschlecht ist die Teilnahme an allen Kursen gestattet. Die Unterrichtszeit ist in der Woche von 8 1/2 Uhr bis 10 Uhr abends und Sonntags von 4 bis 12 Uhr Unterrichtspläne sind unentgeltlich zu haben beim Verwalter Schwägerl. Anmeldungen werden entgegengenommen an den Vereinstagen Montags, Mittwochs und Sonntags abends im Bureau des Vereins.

An die Ortsvereinsvorsitzende richten wir die dringende Bitte, die Bestellkarten auf das Verbandsorgan „Der Gewerkeverein“ für das II. Quartal sofort einzuwenden. Über die Kosten hat eine solche Karte seitens der Hauptleitung meines Gewerkevereins zugewandt erhalten. Sollte diese verloren gegangen sein, ladete man die Adressen der Organempfänger auf eine gewöhnliche Postkarte und sende diese sofort an das Verbandsbureau, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 22/223, ein. Unter keinen Umständen darf ein Ortsverein ohne den „Gewerkeverein“ bleiben, den wir in dieser bewegten Zeit doppelt nötig gebrauchen.

Die Zahl der Pflicht-replante, die von den einzelnen Gewerkevereinen ihren Ortsvereinen überwiehen werden, ist ohnehin nicht groß. Für die in der Registration tätigen Kollegen, und werden soll jeder Gewerkevereiner, empfiehlt es sich, den „Gewerkeverein“ bei der Postanfrage des Wohnortes zu bestellen. Der Bezugspreis beträgt für das ganze Vierteljahr, vom Briefträger wöchentlich zweimal ins Haus gebracht, nur 83 Pfg. Will ihn der Kollege selbst von der Post abholen, dann bezahlt er nur 65 Pfg. Zeit dem „Der Gewerkeverein“ wöchentlich zweimal eichent, hat sich die Zahl der Postabonnenten erfreulicherweise rasch vermehrt. Wir hoffen daher, daß uns auch das zweite Quartal eine Spar neuer Leser bringen wird, zumal der Verbandstag bevorsteht und interessante Erörterungen zu erwarten sind.

Gewerkevereins-Teil.

Berlin. Lohnbewegungen innerhalb des Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. (Einen zusammenfassenden Bericht über die Arbeitsdifferenzen in Kachen und Umgegend im Jahre 1906 gibt der Kollege Hartmann, Kachen im „Regulator.“) Danach ist bei der Abteilung „Kachen“ in der Gesamtzahl zu Kachen eine allgemeine 15prozente Lohnerhöhung erzielt worden und zwar für 160 Mann. Wifung 24 000 Mk. Mehrerlöse. Auf denselben Wert gelang es uns auch für die Heter, Kofsführer, Kofsführer und die Maschinenwärter die achtstündige Arbeitszeit einzuführen. Auf dem deutschen Metallarbeiter-Gesetz-Konferenz in Kachen war eine Beschleunigung der Lohnverhältnisse durch Befestigung des Alters geplant, an dessen Stelle bei Festung des gleichen Pensums wie bisher im Afford ein etwas erhöhter Stundenlohn eintreten sollte. Die Dreher und Schlosser konnten auf diese Beschleunigungen nicht eingehen. Die Direktion blieb jedoch trotz wiederholten Vorstellens des Fabrikantenschiffes auf ihrem Standpunkt bestehen. Die Folge hiervon war, daß fast sämtliche 460 Arbeiter ihre Kündigung einreichten und nur 6 Mann schlossen sich hiervon aus. Nach 8 Tagen wurde durch Anschlag bekannt gemacht, daß die beschlossene Aufnahme der Direktion zurückgezogen wurde und daß die-

sein als nach dem alten Etat; es würde nach dem neuen Etat 28 800 Mk., nach dem alten aber 29 200 Mk. betragen. Man hat also die Sache so ein- und umgerichtet, daß die Lokomotivführer schließlich trotz der schlechteren Gehaltsveränderung im Effekt weniger als bisher erhalten. Wenn die Ernungung nach achtjähriger Anstellung als Heizer erfolgt, dann würde nach dem neuen Etat der Gehaltsdienst nach 25 Dienstjahren 20 500 Mk. betragen gegenüber 30 400 Mk. nach dem alten Etat. Selbst wenn man die frühere Ernungung zum Lokomotivführer, also nach achtjähriger Heizerzeit, berücksichtigt, würde der Effekt bei 25 Dienstjahren 17 700 Mk. mehr betragen. Das hat die königliche Staatsregierung doch wohl nicht gewollt. Erbitte man das hohe Haus unseren Antrag zugunsten der Lokomotivführer nicht anzunehmen, was ich nicht hoffe, wird der Herr Minister doch auf der Höhe unseres Antrages noch einmal die Sache gründlich prüfen. Nach der Erklärung des Herrn Ministers ist die Heizerzeit im nächsten Jahre berücksichtigt worden. Kostlich wird das nicht ebenso geschehen wie hier bei den Lokomotivführern. Wir werden das im nächsten Jahre zu prüfen haben.

Herrn möchte ich fragen: sollen die bis jetzt mehr unzureichend im Gehalt erhaltenen Beamten von der allgemeinen Gehaltsrevision ausgeschlossen bleiben? Das darf nicht geschehen! Bei der vom Hause verlangten allgemeinen Revision der Gehälter und, wie wir verlangen, auch der Vöhne, muß die erhebliche Verteuerung des Lebensunterhaltes berücksichtigt werden, unter der alle Arbeiter und Beamten bis zum Minister hinauf leiden. Dohr sollte die eine gründliche Prüfung für eine allgemeine Aufbesserung für notwendig.

Seine Herren, an der jetzt vorgenommenen Aufbesserung, sowohl von einer solchen überhaupt ernstlich die Rede sein kann, sind vorwiegend die Beamten des äußeren Dienstes beteiligt. Das hat auch der Herr Minister hervorgehoben. Die geringst besoldeten inneren Beamten im äußeren und inneren Dienst sind aber ganz leer ausgegangen. Inmitten der Trost sprechen, daß sie ein andermal berücksichtigt werden sollten, das ist diesmal nicht möglich gewesen. Für diesen Trost können sich die Weichensteller, Bahnmeister und die anderen hierher gehörigen Kategorien nichts kaufen.

Seine Herren, es ist mit unter den sehr vielen Petitionen eingegangen, von dem ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten einen kurzen Absatz verlesen will. Da schreibt ein Bahnbetriebsarbeiter aus einer größeren Stadt des Ruhrgebietes, nachdem er angeführt, was er von seinem Einkommen alles an besonderen Verpflichtungen, Arbeitsgeld, Sterbegeldbeiträge, Reisekosten usw. bezahlt hat, ihm eine Summe von 1260 Mk. bleibe.

Von diesem Geld muß ich nun alle meine Bedürfnisse meines Haushaltes bestreiten. Meine Familie besteht aus Frau und 5 Kindern im Alter von 8 bis 20 Jahren. Da die Kinder bedrückt sind, muß ich auch anderen der Stillkraft eine Wohnung von mindestens 4 kleinen Räumen zum Preise von 360 Mk. mieten. Es bleibt mir nach Abzug dieses noch 1000 Mk. zum Lebensunterhalt meiner siebenköpfigen Familie. Nach meiner Berechnung kann ich nur pro Tag 2,74 Mk. oder pro Kopf 38 Pfg. ausgeben. Mit diesem Betrag von 38 Pfg. muß ich nun die einzelnen Personen ernähren und auch noch kleiden. Wie der Ernährungszustand meiner Familie ist, möchte ich da nicht weiter auseinandersetzen. Mit trübenden Augen muß ich meinen Kindern oft eine bescheidene Pflanze abschauen, weil ich mein Geld nur zu den allerwichtigsten Dingen ausgeben darf. Viele meiner Kollegen, die in Orten mit geringem Wohnungspreis stationiert sind, stehen sich auch viel schlechter, und auch da sind die Lebensmittel und Wohnkosten fast nicht mehr zu bezahlen.

Seine Herren, ich glaube, dieser eine Brief spricht mehr, als in einer langen Rede gesagt werden konnte; er wirkt in seiner Schlichtheit und Einfachheit überaus: er will ihn lesen, wird zu dem Schluß kommen müssen: es ist praktisch nicht möglich, mit einem so kleinen Einkommen eine so große Familie zu ernähren, und ich darf nach meinen eigenen Beobachtungen, und ich bin in manchen Beamten und Arbeiterfamilien hiehergekommen, sagen, daß unter unsren kleinen Beamten und Arbeitern oft die bedrückt die größte Not herrscht. Ich glaube, wir müssen mehr als bisher für jeden Teil des Personals sorgen.

Seine Herren, sehr unzufrieden mit der neuen Gehaltsregelung sind auch die Zugführer. Wohl ist ihr Anfangsgehalt von 1200 auf 1400 Mk. erhöht, ihr Gehalt aber nur von 1800 auf 1900 Mk. Auch das scheint mir für diesen verantwortungsvollen Posten doch eine zu geringe Bezahlung zu sein. Es kommt hinzu, daß die oberen Gehaltsstufen sogar von 100 auf 80 Mk. herabgesetzt worden sind. Ich möchte glauben, daß für die Zugführer ein Endgehalt von 2100 Mk. doch gewiß nicht als zu hoch anzusehen wäre.

Auch die Klagen über eine unbillige Behandlung der auf den Ausbrotbestand gestellten Betriebssekretäre scheinen mir berechtigt zu sein. Herr Kollege Lindborn hat sich darüber eingehend geäußert und hat einen Antrag dem Hause unterbreitet, der die Staatsregierung auffordert, die gegen die Betriebssekretäre verübte Ungerechtigkeit, die zu meiner großen Freude indirekt auch von dem Herrn Minister anerkannt ist, abzuschaffen. Ich hoffe, daß der Antrag angenommen wird; jedenfalls werden meine Freunde für den Antrag stimmen.

(Bravo!)

Seine Herren, bei Beratung der zahlreichen Petitionen, die dem Hause zugegangen sind, wird zu Gelegenheit gegeben sein, noch einmal auf die Beamtenfragen selbst, so weit sie das Gehalt betreffen, zurückzukommen. Zu einer Reihe von Wünschen anderer Eisenbahner, die ich hier nicht verdingen werden noch Kollegen aus meiner Fraktion Stellung nehmen.

Ein wichtiges vom vorliegenden Titel gehöriges Kapitel betrifft die Frage des Schusses von Leben und Gesundheit der Beamten und Arbeiter. Die neuesten und

hierzu vorliegenden Ziffern betreffen das Jahr 1905. Da wird mitgeteilt in der amtlichen Drucksache, daß im Jahre 1905 82 Personen getötet und 347 Verletzte verurteilt worden sind, 82 von Bahnbrechen und Bahnarbeiten bei Zugunfällen 416 im Dienste getötet und 377 verletzt wurden, daß Post-, Steuer-, Telegraphen-, Kollert- und sonstige im Dienste befindliche Beamte im ganzen 8 ihre Pflichterfüllung mit dem Tode büßen mußten, während 37 von ihnen verletzt wurden. Da möchte ich, was die letzteren anbetrifft, auf einen Umstand aufmerksam machen, der vielleicht geeignet sein könnte, sowohl das Leben der Reisenden als auch das Leben der beteiligten Beamten zu schützen. Ich möchte hinweisen auf die, wie mir scheint, unmöglich weitz zu laufende Einrichtung, daß der Postwagen in Eisenbahnhöfen gleichzeitig auch als Schutzwagen verwendet wird. Meine Herren, private Ermittlungen haben ergeben, daß bei 24 Bahnhöfen — es gibt deren 32 — bei täglich rund 300, darunter bei 48 D Jähren, Schutzwagen als Schutzwagen verwendet werden. Die Reisenden sind dadurch in der Tat vielfach schwer gefährdet. Es muß berücksichtigt werden, daß der Schutzwagen immer der leichtere Wagen ist. Es beträgt z. B. das Gewicht eines Schlaf- oder Speisewagens 42 bis 51 000 kg, der Eisenbahnschutzwagen 22—38 000 kg, während der Schutzwagen nur 18 bis 25 000 kg wiegt. Der Postwagen ist daher auch am allerwenigsten geeignet, als Schutzwagen zu dienen. Dafür würde sich besser der Postwagen eignen. Allerdings ist ja auch das Leben der Bediensteten in den Postwagen vielfach nicht geschützt. Aber der viel schwerere Wagen bildet allein dafür schon einen erhöhten Schutz. Es wird eingewendet, daß es oft aus rein betriebstechnischen Gründen — Schwierigkeiten beim Rangieren usw. — unmöglich sei, den Postwagen an einer anderen Stelle des Zuges unterzubringen, statt ihn als Schutzwagen zu verwenden. Meine Herren, diesen Grund können wir nicht gelten lassen. Es wird in der Regel auf keinen anderen Bahnhöfen die Möglichkeit gegeben sein, den Wagen an die richtige Stelle zu bringen. Wo das aber nicht möglich ist — vielfach auf Bahnhöfen, die Kapazitäten sind — werden dann eben Schwierigkeiten getroffen werden müssen, die das möglich machen, weil es sich um Leben und Gesundheit nicht nur der Beamten, sondern auch der Reisenden handelt. Meine Herren, ich drönche doch nur an das furchtbare Eisenbahnunglück von Oberberg im vorigen Jahre erinnern, um dem Herrn Minister zu veranlassen, daß er auch diese Frage prüft und berücksichtigt.

Seine Herren, ich habe es mit lebhafter Freude begrüßt, daß der Herr Eisenbahnminister den Erlaß des Ministers vom 6. Dezember 1904 bezüglich des Schutzes von Leben und Gesundheit insbesondere der auf den Straßen abdienenden Arbeiter von neuem in Erinnerung gebracht hat. In der Tat sind namentlich im vorigen Jahre eine große Anzahl von Straßenarbeitern, vor allem bei Arbeit oder auch aus anderen Ursachen, von den Zügen überfahren worden. Daß hier die Unfallverhütungsvorrichtungen von neuem mahdend in Erinnerung gebracht worden sind, wird hoffentlich den gewünschten Erfolg haben.

(Schluß folgt.)

Jahresbericht.

Ich möchte mir noch eine kleine Äußerung gestatten, um die Aufmerksamkeit der Genossen auf eine Frage zu lenken, die zwar schon den vorigen Verbandstag beschäftigt hat, aber in der beschlossenen Fassung praktisch wertlos ist. Wertlos deshalb, weil gar nicht daran zu denken ist, daß unsere Meinung durchdringt, und weiter dies auch gar nicht wünschenswert sein kann.

Ich meine das Projekt der Arbeiterkammern. Arbeiterkammern werden niemals den Zwecken gerecht werden, denen sie dienen sollen, denn es liegt auf der Hand, daß die Beschäftigten, welche Arbeiter unter sich allein fassen, meist so sind, daß sie die Zustimmung der Arbeitgeberkammer nicht finden. Nur durch Verhandlung, durch Vergleich läßt sich etwas erreichen. Um aber zu verhandeln, sich zu vergleichen, müssen beide Teile zusammenkommen, also Delegationen zur Verhandlung ernennen. Auf diesem Umweg wird dann doch das Geschaffene, was von uns beklümpert worden ist, nämlich die Parität — die Arbeiterkammer. Denn eine solche kombinierte Delegation ist nämlich eine paritätische Delegation der Arbeiterkammer und Arbeitgeberkammer! Die Arbeiterkammer und Arbeitgeberkammer ist während der Tätigkeit der Delegation fast gestillt. Daraus erhält die Zwecklosigkeit, eine solche unfruchtbare Einrichtung zu treffen, und ich bitte die Genossen allerwärts, noch einmal diese Materie zu bedenken, und zu prüfen, ob es nicht ratsam ist, sich wie bisher auf den Boden praktisch durchführbarer, positiver Vorschläge zu stellen und in diesem Sinne paritätische Arbeiterkammern zu fordern. Es mutet komisch an, daß wir Genossigen, allein von allen anderen Korporationen, im Gegensatz auch zur Regierung, etwas verlangen, was gegen nur Klame zu gebrauchen, sonst aber ein wirkungsloses Werkzeug darstellt. Dieser Radikalismus ist höchst eigenartig. Wir sind doch sonst nicht so —!

Carl Derminsky, Beuthen, O-Schles.

Allgemeine Kundschau.

Freitag, 15. März 1907.

Der „Vorwärts“ polemisiert gegen unseren Artikel in voriger Nummer, weil es ihn trinkt, daß wir seine Verleumdungen energisch zurückgewiesen haben. In dieser Polemik nennt er den „Gewerksverein“ ein „Organ für organisierten Streik“. Das sagt

ein Blatt, das bekanntlich von notariischen Streikbrechern redigiert wird. Das Blatt demüthigt so den Vertreter der Gewerksvereine, daß sie vor dem Streik in den Säulenhallen das Verhalten der Direktion am schärfsten geißelt und erklärt hätten, die neue Arbeitsordnung sei unannehmbar. Als dann aber der Kampf losgegangen, hätten die Gewerksvereine sich feige zurückgezogen. Es sei damit die berühmte Erlebensche Taktik geliebt worden.

Wir bestreiten entschieden, daß die Vertreter der Gewerksvereine vor dem Streik bei Schudert den geschützten Standpunkt eingenommen haben. Die Gewerksvereine waren von vornherein klar darüber, daß um der Aenderung der Arbeitsordnung willen, ein Kampf nicht geführt werden könne. Mit der Erlebenschen Taktik haben wir nicht das geringste zu tun. Es gibt keinen Gewerksverein, der sie billigen möchte.

Die zweite Verleumdung ist, daß schon vor 1 1/2 Jahren ein Vertrag, was ihn der Gewerksverein der Maschinenbauer mit den Metallindustriellen abgeschlossen hat, den Organisationen angeboten worden sei, den aber auch die Vertreter der „Hirche“, die Herren Strubell und Schumacher, abgelehnt hätten, weil „sie sonst nicht wert wären, daß sie mit Knütteln totgeschlagen würden“. Dem „Vorwärts“ ist darauf folgende Berichtigung ausgehändigt worden:

Es ist unklar, daß dem Metallarbeiterverband und Gewerksverein vor 1 1/2 Jahren ein solcher Vertrag, wie er jetzt zwischen der Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten und dem Gewerksverein der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter abgeschlossen ist, angeboten wurde.

Wahr ist vielmehr, daß ein Vertrag angeboten wurde, in welchem die Unterfertigung des bekannten Keneser-Vertrages erhalten wurde und auf diesen Passus Bezug sich unsere vom „Vorwärts“ gebrachte Behauptung: „Wenn wir einen solchen Vertrag eingehen, wären wir wert, daß uns unsere Mitglieder mit einem Knüttel totschlagen!“

J. Schumacher, A. Strubell.

Der „Vorwärts“ ist auch nach dem Urteil seiner eigenen Parteigenossen ein Blatt, dessen Unfähigkeit aus jeder Zeile herportritt. Wir erinnern ihn nur an die Kritik, die im 3. Berliner Reichstagswahlkreis an ihm verübt worden ist. Ein Blatt, das von Streikbrechern redigiert wird, kann in der Tat auch nicht anders handeln, es muß radikale Proben machen und verleunden, wenn es bei Zeiten Einbruch machen soll, denen nichts so sehr fehlt als Bildung und innere Vornehmheit.

In jener Versammlung des 3. Wahlkreises sagte der „Genosse“ Heilmann, er könne den „Vorwärts“ keinen Tag lesen, ohne herzlich zu lachen. Diesen Eindruck macht der „Vorwärts“ auch auf uns, wenn er gegen uns polemisiert.

Jark Bölow und die Gesellschaft für Soziale Reform. Professor Dr. Ernst Brande hatte dem Reichstager ein Protokoll von der Generalversammlung im Dezember überreicht. Dasselbe ergiebt er das folgende Schreiben:

„Von dem mit überreichten Protokoll über die letzte Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Gegenüber den Geminnissen, die selbst bei gutem Willen der Beteiligten dem Abschluß von Tarifverträgen in der Großindustrie entgegenstehen, ist in den dort gepflogenen Verhandlungen mancher dankswerter Hinweis gegeben worden, wie mit Hilfe eingehender Sachkenntnis und persönlicher Bemühung es gelingen könnte, der Schwierigkeit Herr zu werden. Im Interesse des sozialen Friedens und unserer wirtschaftlichen Entwicklung hoffe ich, daß bei einer weiteren Vertiefung dieser Frage eine oder die andere neuer Anregungen sich als zweckdienlich erweisen und zu einer Verminderung der Arbeitskämpfe führen wird.“

Berlin, 11. März 1907. (gez.) Bölow.

Eine energische Kräftigung der Gewerksvereine würde sich hierfür „als zweckdienlich erweisen“ und zu „einer Verminderung der Arbeitskämpfe“ führen.

„Im verkündigte Arbeiterforderungen durchzuführen braucht man nicht Sozialdemokrat zu sein.“ Dieser Satz, so wünscht Dr. Richard Freund in einem Aufsatz der „Sozialen Praxis“, muß Allgemeinut der Arbeiterschaft werden, wie er jetzt schon von den immer mehr und mehr erfahrenden sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen anerkannt ist. Diese sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen verdienen seitens des Staates und der Arbeitgeber ganz besondere Beachtung. Wie man diese Organisationen nach jeder Richtung hin in ihrer Entwicklung fördern und stärken soll, so sollten vor allem diese Organisationen selbst sich enger zusammenschließen und in großen Fragen gemeinsam vorgehen.

Was die freien, der sozialdemokratischen Partei zugehörigen Gewerkschaften anlangt, so wird wohl schon die nächste Zeit eine Klärung darüber bringen, welchen Kurs sie nehmen wollen. Ich vertraue hierbei auf die sehr praktischen Zustände der deutschen Arbeiterschaft. War schon vor dem Wahlen die gewerkschaftliche Organisation stärker als die politische der Sozialdemokratie und kam dies durch den Mannheimer Parteitag zum sichtbaren Ausdruck, so ist jetzt nach dem Zusammenbruch der „Partei“ die ungebrochene Macht der gewerkschaftlichen Organisation noch viel

